

Limburger Anzeiger

(Limburger Zeitung) Zugleich aml. Kreisblatt für den Kreis Limburg. (Limburger Tageblatt)

Gegründet 1888.

Verantwortlicher Redakteur: Hans W. ...
Verlag: ...
Telefon Nr. 82. — Postfachkonto 24915 Frankfurt a. M.

Verantwortlicher Redakteur: Hans W. ...
Verlag: ...
in Limburg a. d. Lahn.

Anzeigenpreis: die 6 gelbte. Zeit-Beile oder deren Raum 70 Pfg. Die 61 mm breite Streifenzeitung 2.10 Mk. Rabatt wird nur bei Wiederholungen gewährt. Telefon Nr. 82. Anzeigenannahme bis 6 Uhr nachmittags des Vortages.

Nummer 260

Limburg, Mittwoch, den 10. November 1920.

83. Jahrgang

Oberschlesische Eindrücke.

Das Land der Schote und der Schachtürme, das Land der Hüften und der Gruben, das Land, das Tag und Nacht nicht ruht, ist heute ein Land, über dem eine ungeheure Gewitterwolke liegt, die, wenn sie abermals mit Blitz und Donner, mit Ausrufe und Losschlag zur Entladung kommt, das ganze ober-schlesische Gebiet in ein Chaos verwandeln kann. Nur ein friedlicher Ausgleich ist möglich: die Abstimmung. Das Bestreben aller, die den ober-schlesischen Interessen dienen wollen, kann deshalb nur das eine sein, die Abstimmung so vorzubereiten, daß sie wirklich in Ruhe und Frieden stattfinden kann. Die Schaffung von ruhigen und friedlichen Zuständen ist die beste, wenn auch nicht die einzige Form der Abstimmungsvorbereitung. Die deutschen Kreise Oberschlesiens sind ehrlich und mit allen Kräften bemüht, an der Herbeiführung solcher Zustände mitzuwirken. Die deutschen Kreise haben keinerlei Interesse an irgendwelchen Putsch, sondern Alles Interesse daran, die von anderer gewissermaßen Seite geforderten Putschversuche zu verhindern. Nach genauester Prüfung der Verhältnisse in Oberschlesien muß das gesagt werden und kann gerade dieses deutsche Bestreben nicht oft genug und nicht deutlich genug wiederholt werden, schon allein deshalb nicht, weil die polnischen Agitatoren nach der Methode „Halbt den Dieb“ nicht müde werden, das Gegenteil zu behaupten. Mit einer Abwehr polnischer Putschversuche aber ist es nicht allein getan. Eine derartige deutsche defensiv Haltung kann nicht genügen, das seit sieben Jahrzehnten deutsche Land auch künftig bei Deutschland zu erhalten, weil wiederum Korjanty und seine Hetzen zu Mitteln greifen, die eine wirklich gerechte Volksabstimmung unmöglich machen. Die Mittel der polnischen Werbearbeit sind die Mittel der Korruption. Korjanty arbeitet mit den Mitteln, die in Polen ganz und gade sind. Er verspricht sich Erfolg damit, weil er mit der moralischen Depression der ober-schlesischen Bevölkerung als einer Kriegsfolge rechnet. So ist kürzlich festgestellt worden, daß Korjanty nahezu 5000 bezahlte polnische Angestellte in Oberschlesien unterhält, die jedem, der nur einigermaßen solchen Dingen zugänglich ist, den Himmel auf ober-schlesischer polnischer Erde versprechen. Demgegenüber muß die deutsche Aufklärung immer wieder zu zeigen versuchen, was es mit solchen polnischen Versprechungen auf sich hat, und es kann nicht bezweifelt werden, daß die Teile der Bevölkerung, die jetzt noch schwanken, am Tage der Abstimmung für Deutschland stimmen werden, wenn die deutsche Propaganda ihre Aufgabe wirklich erfüllt hat. Die Rede Grabias auf der Finanzkonferenz in Brüssel hat jetzt bereits vielen Oberschlesiern die Augen geöffnet. Gewiß, es geht uns in Deutschlands nicht gut, aber viel schlechter als uns geht es den Polen, und die Versprechungen, die jetzt gegeben werden, werden ewig Versprechungen bleiben. Der Wert polnischer Versprechen ist ja bereits durch das polnische Autonomiegesetz hingänglich beleuchtet worden. Nunmehr, nachdem sich die Reichsregierung und die Preussische Staatsregierung mit der bundesstaatlichen Autonomie Oberschlesiens einverstanden erklärt haben, ist auch in dieser Hinsicht für die deutsche Aufklärungsarbeit der Weg frei geworden, und gerade das in Aussicht stehende Gesetz über den Bundesstaat Oberschlesien wird wiederum zeigen, daß auf deutscher Seite nichts versprochen wird, was man nicht halten kann oder will.

Was die äußere Lage in Oberschlesien betrifft, so ist eine gewisse Beruhigung freilich in letzter Zeit eingetreten. Die Atmosphäre der Spannung bleibt indessen nach wie vor bestehen. Auch der polnische Terror, wenn er auch nicht mehr in der brutalsten Form wie während des Augustaufstandes, angewendet wird, fordert nach wie vor deutsche Opfer. Die großzügige polnische Spionage, die über ganz Oberschlesien ausgebreitet ist, leistet den Polen als Hilfsmittel des Terrors die Dienste, die sie von einer solchen Einrichtung erwarten. Die Grenze ist nach wie vor offen. Die Truppen der Interalliierten Kommission sind nicht in der Lage auch nur einigermaßen eine Grenzsperrung durchzuführen. Nach wie vor wechseln also auch Waffenschmuggler und Verbrecher hinüber und herüber und arbeiten an ihrem Teile daran, daß das Land einstweilen nicht zu völlig geordneten Zuständen zurückkehrt. Das Rätselraten über den Abstimmungstermin wird hoffentlich in nächster Zeit durch eine Erklärung Le Ronds beendet werden können, alsdann wird, das ist selbstverständlich, von deutscher wie auch von polnischer Seite eine Steigerung der Werbearbeit eintreten, die neue Konfliktmöglichkeiten bringen kann, da die Polen eben vor seinem Mittel zurücktreten. Die Abstimmungspolizei ist, das bekämpfen alle Kenner der ober-schlesischen Verhältnisse, nicht in der Lage, die Ruhe im Lande zu wahren. Soweit sie aus Polen besteht, fehlt ihr sehr häufig auch der gute Wille dazu. Bond er Interalliierten Kommission müssen deshalb weitere Sicherungen verlangt werden. Die wichtigste Sicherung besteht aber darin, daß sich diese Kommission endlich auf ihre Haltung besinnt, die sie nach dem Friedensvertrag einzunehmen hat, und das ist die Haltung einer unbedingten Neutralität, die mit dem letzten Willen gepaart sein muß, alle die Hindernisse, die einer unerbitterten Volksabstimmung entgegenstehen, gleichviel von welcher Seite sie kommen mögen, zu beseitigen.

Die Genfer Konferenz und Oberschlesien.

Genf, 8. Nov. Der „Sponer Nouvelle“ veröffentlicht eine Pariser Meldung, in der es heißt, die englische Regierung habe darauf hingewiesen, daß das Urteil über die Zahlungsfähigkeit Deutschlands von dem Ausfall der Volksabstimmung in Oberschlesien abhängt, daß also die Genfer Konferenz erst nach dieser Abstimmung in der Lage sein

werde, die Leistungsfähigkeit Deutschlands zu beurteilen. Die französische Regierung habe es jedoch abgelehnt, die Genfer Konferenz solange hinauszuschieben, und im Einvernehmen mit Polen eine Beschleunigung der Abstimmung in Oberschlesien empfohlen. Das „Journal des Debats“ glaubt versichern zu können, daß die Abstimmung in Oberschlesien im Januar vorgenommen werden soll, so daß die Genfer Konferenz spätestens Mitte Februar zusammentreten könne.

Polnische Irredenta in Schlesien.

Breslau 8. Nov. Wie die polnische Irredenta genährt wird, geht aus einer Mitteilung des Schlesiens Heimatsdienstes hervor nach der jetzt bereits in den polnischen Buchhandlungen Posens und in den Grenzgebieten Schlesiens Landkarten ausgehängt werden, in denen alle Orte Schlesiens rechts der Oder mit polnischen Namen eingetragen sind. Was in diesem Gebiet liegt, wird als „unerlöstes“ Gebiet bezeichnet. Ferner soll von polnischer Seite in den nächsten Monaten mit Hilfe ausländischen Geldes eine starke Ansiedlung polnischer Landwirte im unbesetzten Schlesien versucht werden. Zur Abwehr dieser Bestrebungen ist jetzt in Breslau der Schlesiens Heimatsdienst gegründet worden, dessen Direktorium Mitglieder aller Parteien angehört.

Die englisch-französische Verständigung in der Wiedergutmachungsfrage.

London, 8. Nov. (W.B.) Das zwischen der englischen und der französischen Regierung in der Frage der Festsetzung der deutschen Entschädigung erreichte Einvernehmen wird hier als ein etwas verspäteter Schritt vorwärts auf einem schwierigen und langen Wege bezeichnet. Durch das Einvernehmen wird der Wunsch Frankreichs, daß die Entschädigungssumme durch den Wiedergutmachungsausschuß festzusetzen ist, erfüllt. Ebenso ist aber darin dem englischen Wunsch Rechnung getragen, daß die Summe erst festgelegt werden soll, wenn die Frage von Deutschlands Zahlungsfähigkeit ausdrücklich geprüft worden ist und ein Bericht darüber vorliegt und daß in diesem Stadium Deutschland ausgiebig und direkt zu Rate gezogen werden soll. Man glaubt unter diesen Umständen nicht, daß es sehr schnell gelingen wird, die tatsächliche Höhe der Summe festzusetzen. Die Blätter verhehlen nicht, daß die ganze Frage schon vor Monaten hätte geregelt werden können, wenn Frankreich sich nicht von den in Spaa gefassten Beschlüssen zurückgezogen hätte. Sie trösten sich aber bis zu einem gewissen Grade mit der Hoffnung, daß sie durch diese Verzögerung gewonnenen Erfahrungen bezüglich Deutschlands Zahlungsfähigkeit zu einer vernünftigeren und gerechteren Entschädigung der alliierten Regierungen Gelegenheit geben könnten.

Die französischen Gewerkschaften und das Ruhrgebiet.

Paris, 8. Nov. (W.B.) Der Nationalrat des Allgemeinen Arbeiterverbandes (C.G.T.) ist heute vormittag zu seiner statutenmäßigen Vierteljahrsitzung zusammengetreten. Der aus dem Ruhrgebiet zurückgekehrte Gewerkschaftsführer Jouhaux erstattete Bericht und erklärte, die Arbeiter des Ruhrgebiets seien von dem Wunsch befeuert, alles zu tun, damit ihre Regierung die in Spaa übernommenen Verpflichtungen erfüllen könne. Nach dem „Matin“ erklärte Jouhaux, die Delegation habe feststellen können, daß die in Spaa übernommene Verpflichtung, die Ernährung der Bergarbeiter zu verbessern, nicht gehalten wurde. Die Delegation der gewerkschaftlichen Internationale vertrete die Ansicht, daß die eozent. Besetzung des Ruhrgebiets durch die Truppen der Entente durch nichts gerechtfertigt werde.

Die Viehlieferungen an die Entente.

Berlin, 8. Nov. (W.B.) Im Ausschuh des Reichstags erklärte auf eine Anfrage Helfferichs (deutschnat.) Ministerialdirektor von Simson, was die Milchfrage angehe, so müsse betont werden, daß die Ziffer 810000 die Endsumme der in den vorläufigen Listen der Entente aufgenommenen Rufe bedeute. Eine amtliche Mitteilung darüber, daß auf Lieferung dieser 810000 Milchfüße unter allen Umständen bestanden werde, liege bisher nicht vor. Hierüber würden, ebenso wie über die anderen in den Listen verzeichneten Gegenstände, noch nähere Verhandlungen erforderlich sein. Von deutscher Seite könne nur immer hervorgehoben werden, daß es eine ungeheuerliche Härte bedeuten würde, wenn bei der gegenwärtigen Lage der Milch- und Fettversorgung diese Forderung aufrecht erhalten bliebe.

Ein Aufruf zu vermehrter Kartoffelablieferung.

Von der Reichszentrale für Heimatsdienst geht uns ein Aufruf zu, der sich an Behörden, Landwirte, Genossenschaften und Händler mit dem dringenden Ersuchen wendet, noch vor Beginn der Krostperiode für eine bessere Belieferung der städt. Bevölkerung mit Kartoffeln zu sorgen. Der Aufruf stellt fest, daß die Kartoffelablieferung in der Provinz sehr zu wünschen übrig läßt, daß insbesondere auch die Lieferung von Kartoffeln für Kinderbewohnte in der Mehrzahl der Kreise hinter den mit den bauerlichen Organisationen festgelegten Mengen zurückbleibt, und daß, der von Reichswegen festgesetzte Richtpreis von 25 Mark vielfach, zum Teil nicht unerheblich überschritten worden ist. In Kassel, so wird ausgeführt, seien schon seit Tagen fast keine Kartoffeln mehr im Kleinhandel zu kaufen. Erfolge nicht eine ausreichende Belieferung, so habe man mit ernstlichen Anrufen zu rechnen, deren Wirkungen sich schließlich doch gegen diejenigen richten

würden, die sich dem ordnungsmäßigen Handel zurückhaltend oder preistreibend in den Weg stellen. Der Aufruf trägt die Unterschrift des Oberpräsidenten Dr. Schwander, sowie des Wirtschaftsausschusses für die Provinz Hessen-Kassau.

Die Streiklage in Berlin.

Berlin, 8. Nov. (W.B.) Bei den Verhandlungen mit den Elektricitätsarbeitern vor dem Tarifeinigungsamt wurden den Arbeitern nicht unerhebliche Zugeständnisse gemacht. Differenzen waren deshalb entstanden, weil man den Elektricitäts-Arbeitern zwar eine Stundenzulage von 50 Pfg. für die Tagesarbeit bewilligen, ihnen aber den Zuschlag für die Nachtarbeit von 60 Pfg. abziehen wollte. Inzwischen gab die Stadt nach und bewilligte die Zulagen für die Tages- und für die Nachtarbeit. Der Verband der Heizer und Maschinisten berief deshalb für heute nachmittag eine Versammlung der Betriebsräte und Vertrauensleute ein, in der diese Zugeständnisse bekannt gegeben wurden und die Wiederaufnahme der Arbeit vorgeschlagen werden soll. Man rechnet damit, daß die Elektricitätsarbeiter nach Annahme der Vereinbarungen mit dem Magistrat die Arbeit eventuell noch heute nacht wieder aufnehmen.

Berlin, 8. Nov. (W.B.) Am Samstag fand eine Versammlung der Vorarbeiter statt, worin über die Vorschläge der Firma abgestimmt worden ist. Die Vorschläge gelangten einstimmig zur Ablehnung. Der Streik geht ins-Jolgebehen weiter.

Ein Trupp von etwa 600 Arbeitslosen demonstrierte heute nachmittag am Moritzplatz und zog dann nach der Reichsdruckerei. Hier konnten noch rechtzeitig die Eingangstore geschlossen werden. Es wurde aber nicht verhindert, daß die Demonstranten durch den Eingang in der Kommandantenstraße in das Innere der Reichsdruckerei eindringen und die Arbeiter zum sofortigen Streik aufforderten. Es gelang schließlich den Arbeitern der Reichsdruckerei, die Demonstranten von dem Grundstück zu verdrängen.

Drohender Eisenbahnerstreiks in Berlin.

Berlin, 8. Nov. (W.B.) In den Eisenbahnerwerkstätten beschlossen die Arbeiter mit Zweidrittelmehrheit für morgen die Einstellung der Arbeit. Eine Gruppe will neue Lohnforderungen stellen und die Arbeit am 10. November nicht wieder aufnehmen. Das Reichsverkehrsministerium denkt den Eisenbahnbetrieb morgen aufrecht erhalten zu können.

Die Sozialisierung des Bergbaus.

Köln, 8. Nov. Der Verlauf der Verhandlungen, die gegenwärtig zwischen Unternehmer und Arbeitervertretern über die Frage der Sozialisierung des Bergbaus stattfinden und die in der vorigen Woche von Berlin nach Essen verlegt worden sind, wird nach der „Deutschen Bergwerkszeitung“ von beiden Seiten nicht ungünstig beurteilt. Es sei nicht ausgeschlossen, daß schließlich trotz aller Gegenätze, die bei den letzten öffentlichen Sitzungen zu Tage getreten sind, Vorschläge herauskommen, denen beide Parteien — die Arbeitgebervertreter natürlich nur unter großen Konzessionen — zustimmen könnten. Andererseits stoßen die Vorschläge von Stinnes wie das gleiche Blatt mitteilt, in der Industrie selbst, nämlich in den Kreisen der reinen Zechen, auf Widerspruch. Es sei aber nicht zu erwarten, daß dadurch der Gang der Dinge wesentlich beeinflusst werden könne. — Es ist dies natürlich eine Neuerung der einen Seite der Beteiligten, die aber gerade als solche immens interessant ist.

Die Altersgrenze für Beamte.

Berlin, 8. Nov. Der Hauptausschuß der preussischen Landesversammlung stimmte einem Gesetzentwurf betreffend Einführung einer Altersgrenze zu, nach dem vom 1. April 1921 an die Beamten nach Vollendung des 65. Lebensjahres zwangsweise in den Ruhestand versetzt werden sollen. Für die richterlichen Beamten und die wissenschaftlichen Lehrer an den Hochschulen wurde die Altersgrenze auf 68 Jahre festgesetzt. Angenommen wurde hierbei gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ein Antrag, wonach bei Einführung der Altersgrenze die freierwerbenden Stellen — abgesehen von ganz besonderen Ausnahmefällen — Stellenanwärtern und den aus den abgetretenen Gebieten stammenden und auf Wartegeld gesetzten Beamten übertragen werden sollten.

Landtagswahlen in Coburg.

Coburg, 7. Nov. Bei den heutigen Wahlen zum bayerischen Landtag wurden im ehemaligen Freistaat Coburg je ein Abgeordneter der Vereinigten Rechtsparteien sowie der Demokraten und Mehrheitssozialisten gewählt. Die Rechtsparteien haben einen Stimmenverlust von 500, die Mehrheitssozialisten von 3000, die Demokraten eine Stimmenzunahme von 1000 aufweisen.

Danzig.

Danzig, 8. Nov. (W.B.) Der Oberkommissar erhielt heute ein Telegramm der Vorkonferenz, in der mitgeteilt wird, daß die Verfassung der freien Stadt und des Gebietes von Danzig am 15. November in Kraft treten wird und daß die gegenwärtige alliierte Verwaltung bestehen bleibt, bis weitere Instruktionen von der Vorkonferenz eintreffen. Gleichzeitig ist der Oberkommissar von der Vorkonferenz ersucht worden, alle Beteiligten aufzufordern, von irgend welchen übermäßigen oder herausfordernden Rundgebungen aus diesem Anlaß Abstand zu nehmen. Der Oberkommissar bestimmte daher, daß die verfassunggebende Versammlung für den 15. November zusammenberufen werde zur Verkündung der freien Stadt.

Der Wiederaufbau Nordfrankreichs.

Berlin, 8. Nov. Am 5. November fand, wie schon kurz erwähnt, beim Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes eine Besprechung des Bundesvorstandes mit den Gewerkschaftsdelegierten Jouhaux und Merheim aus Frankreich statt, an der der Delegierte Timmen als Vertreter des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilnahm. Die Besprechung erstreckte sich, wie die „Vol. Parl. Nachr.“ mitteilen, hauptsächlich auf die Maßnahmen zum Wiederaufbau der zerstörten Gebiete Frankreichs. Es kam darüber zu einem völligen Einvernehmen mit den französischen Vertretern. Sämtliche Teilnehmer waren darin einig, daß beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete der kapitalistische Unternehmergewinn soweit wie nur irgend möglich ausgeschaltet sei und daß er nur zu Gunsten der Allgemeinheit geschaltet solle. Die deutschen Vertreter gaben erneut den Wunsch und die Bereitschaft der deutschen Arbeiterschaft kund, am Wiederaufbau teilzunehmen, sie drückten jedoch den Wunsch aus, daß ihnen möglichst geschlossene Gebiete zum alleinigen Wiederaufbau übertragen werden, damit die deutschen Arbeiter die Möglichkeit hätten, ihre Angelegenheiten besser zu vertreten und ihre Rechte aus der deutschen Sozialversicherung besser wahrzunehmen, als wenn sie verstreut unter der französischen Bevölkerung leben müßten. Die Vertreter der französischen Gewerkschaften erkannten die Rechtmäßigkeit dieses Verlangens an und erklärten, daß die Arbeiter Frankreichs bereit seien, die deutsche Hilfe anzunehmen. Die französischen und die deutschen Landeszentralen und besonders diejenigen Gewerkschaften, die unmittelbar für den Wiederaufbau in Betracht kommen, werden eine dauernde Verbindung anstreben, um die Einzelheiten der gemeinsamen Tätigkeit auf diesem Gebiete zu erwägen.

Lärmjzenem in der französischen Kammer.

Paris, 8. Nov. (W.B.) Die Kammer hat heute ihre Arbeiten wieder ausgenommen. Sie beschäftigte sich mit einem von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf über die Bewilligung der Kredite für die Jubiläumsfeier der Republik, für die Ueberführung des Herzogs Gambettas nach dem Pantheon und die Befreiung eines unbekannt, im Kriege gefallenen Soldaten. Der Sozialist Brade sprach sich gegen den Gesetzentwurf aus. Die Regierung wolle das 50. Jubiläum der Republik zum Nutzen des Generalstabs eskamotieren. Hierbei entstand ein ungeheurer Lärm und eine heftige Auseinandersetzung zwischen der Rechten und der Linken. Die Sozialisten wollten den Nationalisten Baudry d'Asson nicht reden lassen, so daß Präsident Peret genötigt war, die Sitzung zu unterbrechen. Nach Wiederaufnahme der Sitzung trat Ministerpräsident Leygues für den Antrag der Regierung ein, der schließlich auch angenommen wurde.

Polen verzichtet auf die „Kleine Entente“.

London, 8. Nov. (W.B.) Die „Morningpost“ meldet aus Warschau, daß die polnische Regierung Tade Jonscu mitteilte, Polen werde der „Kleinen Entente“ nicht beitreten.

Polnische Fliegerangriffe auf Kowno.

Kopenhagen, 8. Nov. (W.B.) Polnische Flieger haben gestern wiederum Kowno mit Bomben angegriffen, wobei zwei Männer schwer verletzt wurden. Auch dieses Mal kamen die Flieger aus Wilna. Die Bevölkerung befürchtet einen großen Fliegerangriff auf Kowno.

Aus den sibirischen Gefangenenlagern.

Kopenhagen, 8. Nov. Neun österreichische Offiziere, die aus einem Gefangenenlager in der Nähe von Wladivostok hier angekommen sind, teilen mit, daß Sibirien in einen Kriechhof verwandelt sei. Im Laufe eines halben Jahres seien in einem einzigen Gefangenenlager von 5000 Mann 2600 infolge von Epidemien und Melancholie gestorben. Man habe es längst aufgegeben, die Toten zu zählen. Man wisse nur, daß bis Ende 1918 40 000 gestorben sind. Die Leichen könnten nicht begraben werden, sie würden im Kreise aufgestapelt und müßten bis zum Frühjahr liegen bleiben, um dann erst begraben zu werden. Seit September werde den Gefangenen kein Brot mehr geliefert.

Irland.

London, 8. Nov. (W.B.) In Londonderry wurden in der Nacht zum Sonntag fünf Polizisten erschossen oder verwundet. Hieraus wurden mehrere Sinnfeiner geborende Häuser angezündet. Die Brandstifter feuerten auf die Wasserpumpen, Bomben, Gewehr- und Revolverfeuer dauerte die ganze Nacht an. Die Sinnfeiner akkordierten die unbefestigten

Rüstenstation Torrhend in der Grafschaft Antrim ein. Ferner wird berichtet, daß in der Nähe von Traler sieben Sinnfeiner getötet worden sind.

Italienische Gemeindevahlen.

Mailand, 9. Nov. (W.B.) Die letzten Nachrichten bestätigen den Sieg der liberalen Partei in Genua, Florenz Neapel und anderen weniger wichtigen Städten. In Neapel hoben die Sozialisten eine schwere Niederlage erlitten. In Florenz kam es zu ernsten, von den Sozialisten ausgehenden, Zwischenfällen. Nach dem „Corriere della Sera“ gab es dabei zwei Tote und viele Verwundete. — Der „Secolo“ meldet, daß der bürgerliche Block in den Wahlen zum Provinzialrat den Sieg davongetragen hat. Von den acht Wahlkreisen der Provinz Mailand verzeichneten sechs einen Sieg der verfassungsmäßigen Parteien. Während die Stadt Mailand einen sozialistischen Gemeinderat haben wird, wird der Provinzialrat von Mailand sich aus bürgerlichen Vertretern zusammensetzen.

Das amerikanische Repräsentantenhaus.

Nach einer Havasmeldung aus New York setzt sich das Repräsentantenhaus wie folgt zusammen: Republikaner 293, Demokraten 136, Sozialisten 1, andere Parteien 3. Die Republikaner haben 53 Sitze gewonnen, und verfügen über eine Mehrheit von 155 Stimmen.

Amerika und der Völkerbund.

Harding hat die führenden Demokraten und Republikaner eingeladen, ihm im Lauf des Winters ihre persönlichen Ansichten über eine Vereinigung der Nationen zu unterbreiten. — In ihren Rückblenden auf die während des Wahlfeldzuges abgegebenen Erklärungen brüden zahlreiche amerikanische Blätter die Ueberzeugung aus, daß Amerika dem Völkerbund beitreten werde. Harding sei keineswegs ein Gegner des Bundes, sondern lediglich ein Gegner des mit der amerikanischen Verfassung unvereinbaren Artikels 10. — Auch Sir Robert Cecil vertrat in einer Rede, die er am 6. d. Mts. in London hielt, die Ansicht, daß Amerika dem Völkerbunde nicht fernbleiben werde.

Lokaier und vermischter Teil.

Limburg, der 10. November 1920.

Einbruch. Aus den Wirtsräumen der Gastwirtschaft Priester in der Brädenoorstadt wurden in der vorletzten Nacht von einem unbekanntem Eindringling eine Anzahl Gläser Schnaps und Cognac entwendet.

Von der Straße. Ein Auswärtiger, der in anscheinend betrunkenem Zustande in den Bahnhofsanlagen an der Erde liegend gefunden wurde, wurde von der Polizei in Gewahrsam gebracht. Als sich herausstellte, daß der Mann nicht betrunken, sondern krank war, veranlagte die Polizei seine Ueberführung in das St. Vincenz-Hospital. — Wirklich betrunken war dagegen ein Pärchen, das sich in der Unteren Fleischgasse mit lautem Hallo das Fell verdrock und darum in Sicherheit gebracht werden mußte.

Besitzwechsel. Das Anwesen des Gastwirts C. Stahlheber zu Limburg, Eshöjerweg 12, bestehend aus einem Wohnhaus, Lagerhaus nebst großem Hofraum etc. ging durch Kauf in den Besitz der Limburger Räder-Gesellschaft 1920 über. Die Uebernahme erfolgte am 4. November 1920. Die L. R. G. gedenkt daselbst durch Umbau des Lagerhauses ein der Neuzeit entsprechendes Boot- und Gesellschaftshaus zu errichten.

Das Konzert des Männergesangsvereins „Eintracht“. Ein volles Haus und ein einmütiger warmer Beifall, das war das äußere Zeichen in welchem das „Eintracht“-Konzert stand. In dominierender Stellung standen die Chorleistungen: neun volkstümliche und Volkslieder, schicht und frisch. „Das Wandern“, in straffem Marschtempo gesungen, legte Zeugnis ab, daß man mit Herz und Seele bei der Sache war. Daß die Zuhörer sich innerlich in die guten alten Zeiten zurückversetzt fühlte, dafür sorgte das treuerzige Lied „Aus der Jugendzeit“. Von Kunstschönheiten forderten das eindrucksvolle Lied vom Schwedengrab mit seiner düsteren Balladenstimmung und des Dirigenten Herrn Schnelles mit Schwierigkeiten gespieltes „Stemanslied“ vom Chor alle diejenigen hohen Eigenschaften, ohne welche ihr Vortrag in Vollendung nicht entstehen kann. Mit Recht wurden darum auch mit starken Dankesbezeugungen Sänger und Dirigent und Tonkünstler belohnt. Für den solistischen Teil

hatte Frau Luise Schelle zwei volkstümliche Brahmshieder zu Herzen gehend wiedergeschaffen, und konnte nach den heiteren Hildachliedern sich für „Die Uhr“ mit starkem Hervortritt, Wiederholung und Zugabe bedankt sehen. Allseitig freudig begrüßt wurden die künstlerischen Leistungen des einstenoristischen Herrn Heidersdorf. Traß er bei den Robert Schumannschen Liedern „Mondnacht“ und dem prächtig durchkomponierten „Sidalgo“ mit viel Gefühlswärme den innigen Stil dieses Romantikers, so stellten andererseits „Lorelei“, balladenmäßig aufgebaut wie der düstere „Sieger“ von Rann, noch höhere gefangliche Anforderungen, welchen er zur Freude der Zuhörer in jeder Weise befriedigend gerecht wurde. Auch hier bezugten wiederholter Hervortritt und Wiederholung den Erfolg. Eine warme Stimmung im Saal schuf als Esah der mächtige Choral von Leuthen, würdig wiedergegeben und begeistert aufgenommen und die Erinnerung an den großen Friedrich wurde durch den Hohenfriedberger Marsch geweckt und so schloß als deutlicher Wink an die Grenze mit dem Hinweis auf die neue Bedrohung Schlesiens weisevoll das wohlgelungene Konzert unter einhelligem Beifall für Dirigenten und Mitwirkende, als ein neuer Ehrentag des Männergesangsvereins „Eintracht“.

Volksbildungsverein. Wir erinnern nochmals an die heute Abend im Physikzimmer des Gymnasiums beginnende Vortragsreihe des Herrn Landgerichtsrats Friedländer über „Persische Dichtkunst“. Anfang pünktlich 8 Uhr.

Vorträge des ehemaligen Reichsernährungsministers Robert Schmidt. In einer Zeit, in der nicht nur die heimische, sondern die gesamte Weltwirtschaft in trampschaften Zuständen liegt, und allerorts nach neuen Wegen gesucht wird, die aus dem Chaos herauszuführen vermöchten, wird die Stimme eines der hervorragendsten modernen Wirtschaftstheoretiker wie des ehemaligen sozialistischen Reichsernährungsministers Robert Schmidt gern gehört werden. Der Minister wird auf Einladung des hiesigen sozialdemokratischen Vereins in den nächsten Wochen in Limburg einen Vortragszyklus aus der Wirtschaftsgeschichte unter besonderer Berücksichtigung des Sozialisierungsproblems halten. Die Vorträge finden am 28. November, 3., 8., 13 und 18. Dezember statt und behandeln: 1. Die Kräfte der kapitalistischen Entwicklung, 2. Die Großindustrie bis zur Kartell- und Trustbildung, 3. Die Agrarfrage, 4. Neue Wirtschaftsformen und 5. Die Enteignung des privaten Besitzes an Produktionsmitteln. Anmeldungen zu den Vorträgen, die für Mitglieder der sozialdemokratischen Partei 10 Mark für Nichtmitglieder 15 Mark kosten, nehmen die Buchhandlung „Volksstimme“, Kornmarkt 2 und Schneider Wallrabenstein, Hospitalstraße, entgegen. Um den Vorträgen eine möglichst große Eindringlichkeit zu sichern, wird der Höreintritt nicht zu ausgedehnt bemessen werden.

Vorsicht bei Briefen ins besetzte Gebiet. Amtlich wird mitgeteilt: Die Internationalisierte Kommission kann die Postüberwachung jederzeit und an jedem beliebigen Orte des rheinischen besetzten Gebiets ohne weiteres ausüben lassen. Nach den bisherigen Wahrnehmungen verfährt sie auch dementsprechend und läßt auf bestimmte oder auf unbestimmte Zeit hold in diesem, bald in jenem Orte des besetzten Gebiets eine Ueberwachung des Postverkehrs in mehr oder weniger großem Umfang eintreten. Es ist dringend erwünscht, daß die Absender von Briefen usw. nach Orten in den besetzten rheinischen Gebieten sich dieser Sachlage immer bewußt bleiben und in ihren Mitteilungen alles vermeiden, was im Falle einer Durchsicht ihrer Sendungen ihnen selbst und insbesondere auch den Empfängern zum Nachteil gereichen könnte.

Billige Zündhölzer. Die Preise der bei der Zündholzfabrikation benötigten Rohstoffe sind derart gestiegen, daß eine wesentliche Erhöhung der Herstellungskosten eingetreten ist. Nun wurde es aber durch Einkauf bei vorläufigem günstigen Valutastande möglich, den Bedarf an ausländischen Waren für die nächsten Monate zu decken, so brauchen einstweilen keine ausländischen Zündhölzer eingeführt zu werden. Eine Erhöhung der Erzeugerpreise von 1500 auf 1600 Mark, einschließlich der Steuern, war unvermeidlich. Die Preise stellen sich beim Verbraucher ab 1. Dezember 1920 für das Palet zu zehn Schachteln auf 2,50 anstatt bisher 3,50 Mark. Die Höchstpreise für Bekleidungsgegenstände und Buchhölzer betragen 2 Mark für das Palet zu zehn Schachteln oder Büchern.

Schiefer tafeln. Im Hinblick auf die bessere Ausnutzung des zur Verfügung stehenden Schiefers hat das Ministerium gestattet, daß bis auf weiteres in den Schulen

Grifeldis.

Roman von H. Courths-Mahler.

(Nachdruck verboten.)

„Hm! Das will ich tun. Du gefällst mir, Grifeldis. Komm schnell mit mir, zu Papa, er muß dich sehen.“

Damit schmeichelte sich die kleine Kinderhand in Grifeldis Rechte und Gilda wollte die junge Dame mit fortziehen.

Aber da stand wie ein dunkler, drohender Schatten Romteß Beate auf dem Weg. Grifeldis hatte zum Glück da sie mit dem Kinde beschäftigt war, nicht bemerkt, wie unheimlich die schwarzen Augen der Romteß bei ihrem Anblick aufgestimmt waren.

Grifeldis Schönheit und Lieblichkeit, ihre ganze lebensfrische Persönlichkeit, von der es wie warmes, helles Sonnenlicht ausstrahlte, hatte Romteß Beate berührt, als drücke ihr etwas das Herz mit kalter Faust zusammen. Ihr war, als müßte sie das schöne Mädchen mit einem jähen Griff die Treppe hinabstoßen und zum Hause hinausjagen.

Aber sie hatte Zeit, sich zu fassen, während Grifeldis sich mit Gilda beschäftigte. Und als nun die kleine Romteß ihre neue Erzieherin zu ihrem Vater führen wollte, stellte sie sich den beiden entgegen.

„Jetzt noch nicht zu Papa, Gilda. Er hat jetzt noch keine Zeit. Ich werde Kräulein von Konach erst in ihre Zimmer führen.“

Das Romteßchen sah zu Grifeldis auf.

„O, wirst du lange ausbleiben, Grifeldis?“

„Du darfst nicht Grifeldis sagen, Gilda.“ mahnte Beate ziemlich hart und streng, denn jetzt war ja Graf Harro nicht zugegen, um diesen Ton zu hören.

„O — wie soll ich sonst sagen — heißt Grifeldis auch Mademoiselle?“ fragte das Kind.

„Nein, du mußt Kräulein von Konach sagen,“ erwiderte Romteß Beate.

Gilda schüttelte die blonden Locken.

„Nein, das klingt nicht so schön. Papa sagt auch, Grifeldis ist ein schöner Name. Darf ich dich nicht lieber so nennen?“

Bittend sahen die blauen Kinderaugen zu Grifeldis auf.

„Du darfst mich nennen wie du willst,“ erwiderte Grifeldis.

Gilda schmeigte die Wange an Grifeldis Hand. Das war bei ihr eine große Seltenheit. Sonst wich sie oft Liebsolungen aus, zumal, wenn Romteß Beate ihr solche zuteil werden ließ. Und diese sah nun mit einem unkelnden Blick, wie sich Gildas Wange an Grifeldis von Konachs Hand schmeigte.

„O, das ist schön, ich werde dich Grifeldis nennen,“ sagte das Kind.

„Kräulein von Konach, ich muß Sie bitten, den Herrn Grafen bestimmen zu lassen, wie Sie Romteß Gilda nennen soll. Ich glaube nicht, daß eine so vertrauliche Anrede am Platze ist. Das klingt wohl zu familiär und verletzt auch die Autorität,“ wandte sich Romteß Beate kalt an Grifeldis.

Es lag entschieden eine scharfe Zurückweisung in diesen Worten.

Grifeldis hob langsam die Augen zu ihr empor. Romteß Beate überragte sie noch ein Stück, trotzdem sie reichlich mittelgroß war.

Und sie sah, wie ihr aus den Augen der Romteß etwas Feindliches entgegenblitzte, das sie beklemmte. Ihr war bisher noch kein Mensch feindlich begegnet. Aber daß die Romteß es tue, fühlte sie mit Gewißheit. Und das löste auch in ihrer Brust ein Gefühl der Antipathie der Romteß gegenüber aus.

„Selbstverständlich hat der Herr Graf darüber zu bestimmen, Romteß. Ich wollte nur mit meinen Worten sagen, daß ich nichts dagegen einzuwenden habe, wenn mich Romteß Gilda beim Vornamen nennt,“ sagte sie ruhig und höflich, aber ohne die sonstige Wärme, die in ihrem Wesen lag und auf alle Menschen so bezaubernd wirkte.

„Ach, Tante Beate, was denkst du nur? Papa hat ganz sicher nichts dagegen. Grifeldis gefällt mir so gut, sie hat liebe, gute Augen. Ich werde Papa bitten, daß er es mir erlaubt. Auf Wiedersehen, Grifeldis. Tschüß, daß du fertig wirst.“

„Zum mindesten darfst du Kräulein von Konach nicht du nennen Gilda,“ sagte die Romteß, hart und streng, ganz vergessend, daß sie um Gildas Gunst werden wollte.

Gilda sah sie mit großen Augen ob dieses ungewohnten Tones an.

„Ach, Tante Beate, ich nenne doch alle Menschen du, die ich lieb habe.“

„Geh jetzt, Gilda, ich komme gleich wieder zu dir, wenn ich Kräulein von Konach ihre Zimmer gezeigt habe,“ gebot die Romteß.

Gilda häupte davon und winkte Grifeldis noch einmal zu. Diese hatte sogleich ihr Herz an das reizende Kind verloren und freute sich dessen. Das würde ihr sicher ihr Amt sehr erleichtern.

Ruhig folgte sie nun Romteß Beate in das zweite Stockwerk. Von der Treppe aus ging es einen langen, breiten Gang hinab. Die letzten Zimmer auf diesem Gang waren für sie bestimmt. Sie lagen direkt über den Gemächern der verstorbenen Gräfin Alice, und zwar lag das Grifeldis bestimmte Schlafzimmer über dem Schlafzimmer der Gräfin. Auch dieses Zimmer stieß gleich jenem unten an den runden Turm. Aber auch von hier führte keine Verbindungstür nach diesem.

Neben dem Schlafzimmer lag das für Grifeldis bestimmte Wohnzimmer. Beide Räume waren sehr groß und mit wunderschönen, alten Möbeln ausgestattet. Prachtvoll erhaltener Parkettfußboden glänzte im Sonnenlicht, das zum Fenster hereinfiel.

An diese beiden Zimmer schlossen sich die Räume, die Romteß Beate bewohnte. Aber das wußte Grifeldis natürlich nicht.

Die Romteß hatte jedoch diesen Umstand sofort ins Auge gefaßt, und es war ihr lieb so. Auf diese Weise konnte sie die Erzieherin genau überwachen und ihr Tun beaufsichtigen.

„Hier sind Ihre Zimmer, Kräulein von Konach. Ihr Gepäc wird sogleich heraufgebracht werden. Sie können erst anspacken und sich einrichten. Der Herr Graf wird Sie erst beim Tee begrüßen, der um fünf Uhr eingenommen wird. Sie haben also zwei Stunden Zeit. Ich lasse Sie um fünf Uhr von einem Diener abholen, der Sie ins Wohnzimmer hinunterführt.“

(Fortsetzung folgt.)

eben den bisher benutzten größeren auch kleinere Schiefer-
steine bis herab zum Rahmenmaß von 22 mal 15 Zentimeter
mit sichtbarer Schieferfläche von 166 mal 95 Millimeter
benutzt werden.

Sammlung für die notleidenden B. e. w. o. h.
des sächsischen Erzgebirges. Der in Dresden
tätige Hilfsausschuß für das sächsische Erzgebirge (Ge-
sellschaft: Landesabteilung der Reichszentrale für Heimat-
pflege Dresden - A. Schloß) kann mit der erfreulichen Unter-
stützung zahlreicher in- und ausländischer Menschenfreunde auf
eine segensreiche Tätigkeit zurückblicken. Nachdem er vor kurzem
wiederum die Summe von Mark 138 000 - durch die
Hauptmannschaften als Verteilungsstellen den Notleidenden
insbesondere für die Zwecke der Säuglingspflege zugeführt
hat, hatte die Sammlung die Gesamthöhe von 300 000
Mark erreicht. Hier von sind 108 000 Mark zum Ankauf
von preiswerten Bekleidungsgegenständen, insbesondere für
Kinder verwendet worden. Außerdem gelangten große Mengen
Lebensmittel als Spenden aus dem Ausland zur Verteilung.
Den Spendern herzlichsten Dank! Die Not ist aber immer
noch sehr groß. Der Hilfsausschuß wendet sich darum wie-
derum an die Öffentlichkeit mit der Bitte: Helft sie lindern!
Spenden werden auch fernerhin an das Bankhaus Gebr.
Friedrich, Dresden-N., Weissenhausstraße erbeten. Jede, auch
die kleinste Gabe ist willkommen.

Ein neuer 1-Mark-Schein. In den nächsten
Tagen kommt ein neuer Darlehensschein im Werte von
einer Mark in den Verkehr. Der neue Schein unterscheidet
sich vom alten durch die Größe und auch durch die Farbe.
Er ist einige Millimeter kürzer als der jetzt im Umlauf befind-
liche Schein, hat aber die gleiche Höhe. Die Grundfarbe der
Rechtsseite ist ein gelbliches Grün. Das Mittelstück zeigt die
Zahl 1 Mark. Darüber in gerader Schrift "Darlehens-
schein Eine Mark" und ganz oben im Feld in roten
Ziffern die Kontrollnummer. Von gleicher Farbe ist links der
Stempel der Reichsschuldverwaltung mit dem neuen deut-
schen Adler und rechts der gleiche Stempel in farbiger Prä-
gung. Die Rückseite ist blau-grün und zeigt wieder im
Mittelstück eine 1, rechts und links in den Ecken die Bezeich-
nung Eine Mark und noch einmal in schwarzen Feldern der
Zahlung die Wertangabe. In der Stärke des Papiers un-
terscheidet sich der alte Schein wenig von dem neuen.

Sadamar, 9. Nov. (Konzert) Im vorigen Jahre
hier der Gesangsverein "Eintracht", Limburg, und heute
die uns der Genuß, den "Limburger Männerge-
sangsverein" zu hören. Dem Dirigenten, Herrn Ferd.
Lambach, wohnt echte Kunst inne, die er mit Eifer und
seinen Sängern übermitteln. Der Chor sang die großen
Werke, z. B. "Die beiden Särge", "Hymne an die
Mutter", wenn auch mit einer kleinen Schwankung, die wir
entschuldigen, mit Schärfe und großem Ausdruck. Die
Solisten, wie die Pianofortisten in allen Chören kamen schön
zur Geltung; auch die kleinen Vieder fanden reichem Beifall.
Die Chor "Deutsche Völker" hinterließ tiefen Eindruck.
Die Solistin, Frau von Stämmer, sowie ihr Klavierpart-
ner, Herr Steuermann, sind uns hier schon bekannt
und erzielten wieder reichen Beifall. Besonders die letzten
Vieder erfreuten sehr. Wir wünschen dem "Ein-
tracht Männergesangsverein" unter seinem so sehr begabten
Dirigenten weitere schöne Erfolge.

Limburg, 8. Nov. Das Jagdergebnis aus der am
17. und 18. Nov. hier auf der Wäldchen Treibjagd war
folgendes: erlegt wurden 6 H. r., 12 Hasen, 3 Füchse, 1
Rebhuhn, 1 Rebhuhn.

Bürges, 8. Nov. In dem hiesigen Gemeindevald
wurde vorige Woche 2 Hirsche erlegt, 1 Ahtender und ein
Jugendstier.

Aus dem Oberlahnkreis, 9. Nov. Weiterzahlung
der Ablieferungspflicht für Brotgetreide
des Kreises nach die Dreifachmaschine beschäftigt und
großer Teil der Landwirte infolge der hohen Druschhöhen
den Drusch übergegangen ist, diesen aber wegen der
Schneeeinbrüche noch nicht ausführen konnte, hat der
Landesverband beschlossen, für diejenigen Mengen Brotgetreide
die bis einschließlich 30. ds. Mts. an den Kom-
munalverband abgeliefert werden, noch die seither gezahlte
Prämie von 10 - Mark pro Zentner weiterzuzahlen. Er
betont aber ausdrücklich darauf aufmerksam, daß eine weitere
Erhöhung der Prämienfrist unter keinen Umständen in
Frage kommt.

Laubach, 6. Nov. Gestern abend entgleiste an einem
Bahnhof in der Nähe des hiesigen Bahnhofs ein Packwagen.
Die Personenzüge erlitten dadurch etwa eine Stunde Ver-
zögerung.

Die, 9. Nov. Zimmerbrand. Am Sonntag
abend wurde gegen 9 Uhr 30 noch einmal die Feuerweh-
rung im Hause von G. Man, Pfaffengasse, war im
Stad infolge Explosion des Gasherdes ein Brand
ausgebrochen, der die Küche in Flammen setzte. Das tatkräftige
Eingreifen von Nachbarn erlöste den Brand schnell, so daß
keine weitere Hilfe mehr benötigt wurde.

Beilburg, 8. Nov. Eine Bande von fünf Dieben
hat in einer der letzten Nächte in die Wohnung des Pfarrers
Joseph Schüller ein und verübte den 80-jährigen
Pfarrer, der sich ihnen gemeinsam mit seiner Nichte entge-
gen, schwer durch Schläge mit einer Eisenstange. Auch
die Nichte trug nicht unerhebliche Verletzungen davon. Die
Diebe wurden durch die Hilferufe der Ueberfallenen verschreckt,
und flüchteten zu haben.

Frankfurt, 9. Nov. Der Gaunerblick durch die
Finger. Wie manche Taschendiebe ihr Opfer vor der Ver-
urteilung belauern, ergab sich aus einer Schöpfung des
Frankfurter gegen den 33-jährigen Reiter Postas Blumenkranz
aus. Wie er sich die Hand vor das Gesicht
steckte, durch die Finger nach der Wirt eines Rechnungsrats
zu schauen, wurde ihm auf der Straßbahn stand. Die Blende
wurde ihm abgenommen, wie die Blende angekündigt war. Ein
Mann, der sich dann, wie Blumenkranz später sich Mühe
gab, zu erklären, was aber schließlich bald danach
Blumenkranz erwischt und jetzt zu sechs Monaten Ge-
fängnis verurteilt.

Frankfurt, 9. Nov. Der Kuhwagen. Durch die
Hinterung des zum Markt gebrachten Viehs erleben
die Fahrer beim Schlachten mancherlei ungeliebte Ueber-

rassungen. Aber, was zu viel ist, ist zu viel, sagte sich ein
Reiter, als er aus einem Stück Vieh einen Wagen mit zwei
Zentnern Inhalt bekommen sollte. Schließlich stellte sich heraus,
daß gute Freunde, die ein schweres Stück Vieh geschlachtet
hatten, einen günstigen Moment benutzten, um die beiden Wagen
zu vertauschen. Das traurige bei der Sache aber ist, daß
diese zwei Zentner Wageninhalt natürlich auf die Preise
geschlagen werden und vom Publikum mitbezahlt werden müssen.

Trier, 8. Nov. (W.B.) Laut "Volksbund" wurden
auf dem Hauptbahnhof drei Silberdiebe festgenommen. Es
handelt sich um einen Luxemburger und zwei in Berlin woh-
nende Personen. Sie hatten in Ledertoffen insgesamt 40 1/2
Kilogramm Silbermünzen sowie einen Posten Kob- und Edel-
diamanten bei sich. Der Gesamtwert der Gegenstände beträgt
zirka eine Million Mark.

Essen, 9. Nov. Entsetzlicher Kindesmord. We-
gen Kindesmord wurde ein Grubenarbeiter Ehepaar am Son-
ntag verhaftet. Das Ehepaar hatte in Essen der 13 Jahre
alten Tochter aus erster Ehe den Schädel eingeschlagen und
die Leiche dann in einen Kanal geworfen. Sie wurde am
anderen Tage gefunden. Das Ehepaar flüchtete nach der
Tat nach Berlin, wo es sich seit drei Tagen aufhielt und
von der Kriminalpolizei ermittelt wurde. Es gestand die
schreckliche Tat ein. Die Frau ist 23, der Mann 35 Jahre
alt.

Nürnberg, 9. Nov. Die Rache des Affen. Eine
sächsische Dame machte auf der Durchreise dem Tiergarten
einen Besuch und reizte im Affenhaus einen großen Schweins-
affen mit ihrer Brieftasche. Ein starker Griff brachte die
Tasche in den Besitz des Affen, der sich sofort mit dem In-
halt beschäftigte, der aus 10 000 Kronen in Papier, Reise-
ausweisen, Pässen und sonstigen Papieren bestand. Ein be-
sonderes Vergnügen machte es dem Affen, die schönen Tau-
sendt Kronennoten zu zerreißen. Als auf das Geschrei der über-
raschten Dame der Wärter zu Hilfe kam, war das Zerstückern
fast vollbracht. Die Pappapiere konnten noch gerettet,
die zerrißenen Tausendt Kronennoten zum Teil zusammengelesen
und wieder zusammengefügt werden. Immerhin muß die
Dame ihren Affenpakt mit einem Verluste von etwa 2000
Kronen büßen.

Berlin, 9. Nov. In Dallgow-Döberitz wurde das Ge-
höft des Bauerngutsbesitzers Tasche von einer lebensklüppigen
Käuberbande überfallen. Die Verbrecher schlugen den Bes-
itzer und seine Frau nieder und beraubten an barem Gelde
etwa 25 000 Mark und für rund 60 000 Mark Depotcheine.

Riesenschwindereien.

Görlitz, 8. Nov. (W.B.) Gegen den seit dem Früh-
jahr dieses Jahres in einer Villa in der Schützenstraße wohn-
haften, durch seine großen Häuser- und Güteraufkäufe be-
kannten Dr. Kronfeld ist von der Staatsanwaltschaft wegen
Betruges ein Haftbefehl erlassen worden. Die betrügerischen
Manipulationen Dr. Kronfelds, der sich zur Zeit auf der
Flucht befindet, belaufen sich schätzungsweise auf 7 bis 10
Millionen Mark. Dr. Kronfeld, der sich für einen Grafen
Sternberg oder als österreichischer Erzherzog ausgab, führte
hier, wie auch in Berlin, ein sehr luxuriöses Leben und
pflegte Beziehungen zu den einflussreichsten Kreisen. Außer
der obengenannten Villa, die er auf Kredit vollständig
neu ausmobilierte, erwarb er auch das hiesige Schützenhaus-
tablissement und schenkte es der Stadt Görlitz. Ferner kaufte
er, wie der "Neue Görlitzer Anzeiger" meldet, vor längerer
Zeit Bad Altschönau für 13 Millionen Mark, sowie mehrere
Rittergüter in der Provinz, ohne aber die Kaufsummen zu
bezahlen. Weitere Ermittlungen in dieser Richtung werden
Angelegenheit sind im Gange. Wie festzustellen scheint, han-
delt es sich um den vorbestraften Buchhalter Rudolf Kron-
feld aus Mährisch-Ostau.

Ein dreifacher Mörder.

Wie die Blätter aus Halle melden, legte der 68-jährige
Invalide Schimmeyer aus Uehersleben auf dem Sterbebette
das Geständnis ab, bei verschiedenen Wilddiebereien im Laufe
der Jahre drei Förster erschossen zu haben. Die Verbrechen
konnten seiner Zeit nicht aufklärt werden.

Einsturzkatastrophe im Rathaus einer französischen Stadt.

Clermont-Ferrand, 7. Nov. Ein schweres Un-
glück hat sich um drei Uhr im Rathaus zu Clermont-Ferrand
ereignet, wo die Einwohner in Massen zusammengedrängt waren,
um die Ausstellung von Fahnen des dreizehnten Korps zu
besichtigen, die morgen nach Paris zu den Feiernlichkeiten am
11. November gebracht werden sollen. Der Fußboden brach
unter dem Gewicht der Menge zusammen und etwa 100 Per-
sonen stürzten herab. Bisher wurden auf den Trümmern ein
Toter und etwa 40 Verwundete geborgen.

Sport.

Mensfelden, 8. Nov. Am verfloffenen Sonntag
spielte hier die erste Mannschaft der "Jugendsporvereingung"
Mensfelden gegen die gleiche Mannschaft des Sportvereins
Reyer. Mensfelden hatte während des ganzen Spieles die
Führung und gewann dasselbe mit 6:0 Toren.

Gerichtssaal.

Gegen den "Geist von Potsdam".
In der Angelegenheit des Leutnants Bieweg, der seinerzeit
wegen seines Verhältnisses als republikanischer Offizier
von seinen Potsdamer Kameraden mißhandelt worden ist,
findet jetzt eine Verhandlung gegen den verantwortlichen
Schiffleiter der "Deutschen Tageszeitung", Paul Beder, statt.
Sie endete nach vielstündiger Dauer mit einer Verurteilung
des Angeklagten, Hauptstifters Beder, zu 300 Mark
Geldstrafe. Bieweg wurde das Recht zugesprochen, das Ur-
teil in der "Deutschen Tageszeitung" und im "Vorwärts"
nach Rechtskraft zu publizieren.

Amtlicher Teil.

(Nr. 260 von 10. November 1920)

An die Herren Bürgermeister des Kreises.

Im Vorjahre hat das Ministerium für Landwirtschaft,
Domänen und Forsten Anweisung gegeben, daß bedürftigen
Kriegsbeschädigten und bedürftigen Kriegserwitwen Brennholz
nach Maßgabe ihres dringenden Bedarfs zu billigem Preise
aus den Staatswaldungen abgegeben werden darf. Diese

Abgabe von Brennholz aus Staatswaldungen soll aber nur
für diejenigen Gemeinden in Frage kommen, welche keinen oder
nur sehr geringen eigenen Wald (unter 50 Hektar) haben.
In den waldbesitzenden Gemeinden sollen die Gemeinden
selbst für die bedürftigen Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen
sorgen. Im verfloffenen Jahre sind die Gemeinden nicht
überall dieser ihrer Pflicht nachgekommen. Viele arme Kriegs-
beschädigte und Kriegserwitwen haben von ihrer Rente
die hohen Holzpreise zahlen müssen. Wir ersuchen, dafür
Sorge zu tragen, daß in diesem Jahre solche Härten nicht
vorkommen. Die waldbesitzenden Gemeinden sind sehr gut
in der Lage, den wenigen bedürftigen Kriegsbeschädigten
und Kriegserwitwen das Holz zu einem billigen Preise
zu geben. Die Regierung hat im Vorjahre die Namhaft-
machung der Gemeinden verlangt, die sich ihrer Pflicht ent-
ziehen, damit nötigenfalls gegen sie mit Zwang vorgegangen
werden kann. Wir werden seinerzeit Bericht einfordern, ob
und in welchen Gemeinden den bedürftigen Kriegsbeschädigten
und Kriegserwitwen das Brennholz zu billigem Preise ge-
geben worden ist, und hoffen, daß in keinem Falle nötig
sein wird, die Durchführung von Zwangsmahnahmen zu
beantragen. Die Renten, welche die Kriegsbeschädigten und
Kriegserwitwen beziehen, reichen nur zum notdürftig-
sten Lebensunterhalt, und ist es unmöglich, daß Leute,
die kein nennenswertes Vermögen besitzen, von dieser Rente
auch noch die hohen Holzpreise bestreiten. In den Ge-
meinden, die keinen oder nur sehr geringen Eigenwald be-
sitzen wollen die Herren Bürgermeister die Anträge auf
Zuweisung von billigem Brennholz für die bedürftigen Kriegs-
beschädigten und Kriegserwitwen frühzeitig an ihre zu-
ständigen Oberförstereien richten.

Limburg, den 30. Oktober 1920.
Amtliche Fürsorgestelle der Kriegsbeschädigten und
Kriegserwitwen im Kreise Limburg (Lahn).
Schellen.

Bekanntmachung.

Es ist mir wiederholt zu Ohren gekommen, daß Land-
wirte mit der Lieferung von Brotgetreide zurückhalten mit
der Begründung, es sei ihnen ihre Ablieferungspflichtigkeit
nicht bekannt.

Ich weise zur Aufklärung wiederholt darauf hin, daß
ablieferungspflichtig der gesamte tatsächliche Ernteertrag ist
nach Abzug der Mengen, welche den Erzeugern für Selbst-
versorgung, Saatgut und dergleichen gesetzlich zustehen. Die
in Spalte 17 der Ernteertragslisten erscheinenden Zahlen
stellen nur die geschätzte Mindestablieferungspflichtigkeit dar,
das heißt diejenige Menge, welche an den Kommunalverband
bestimmt abgeliefert werden kann. Da diese Mindestmengen
unter Zugrundelegung des geschätzten Durchschnittsertrages
errechnet ist, der tatsächliche Ernteertrag jedoch je nach der
Güte der bebauten Fläche, der Art der Bewirtschaftung den
geschätzten Durchschnittsertrag wesentlich übersteigt, muß die
tatsächliche Ablieferungspflichtigkeit die geschätzte Mindestmenge
weit übersteigen.

Es ist also grundsätzlich der gesamte Ernteertrag nach
Abzug der den Erzeugern gesetzlich zustehenden Selbstver-
sorgung und Saatgutmengen abzuliefern. Im ungünstigsten Fall
wird die lieferungspflichtige Menge wenigstens der geschätzten
Mindestmenge entsprechen. Eine besondere zahlenmäßige Fest-
stellung der Ablieferungspflichtigkeit ist somit keineswegs er-
forderlich.

Ich ersuche hiermit die Magistrate der Städte und die
Herren Bürgermeister der Landgemeinden des Kreises, sofort
wiederholt auf ortsübliche Weise den Landwirten von Vor-
stehendem Kenntnis zu geben und dieselben zur schleunigsten
Ablieferung ihres gesamten tatsächlichen Ernteertrages abzüg-
lich der ihnen für Selbstversorgung noch zustehenden Mengen
anzufordern. (Die Saat dürfte inzwischen beendet sein.)
Denn nur durch restlose und schleunige Erfüllung ihrer Abliefe-
rungspflicht kann die Brotversorgung des Kommunalverbandes
ohne Störung durchgeführt werden. Die Mähten und Land-
straten werden von jetzt ab besonders streng überwacht und
ich werde jede ohne Ausweis (Wahlkarte, Schrotkarte, Trans-
portausweis für Kommunalverbandsgetreide) angetroffene Ge-
treide- und Mehlmenge rücksichtslos beschlagnahmen; der
Staatsanwaltschaft wird entsprechende Anzeige erstattet.

Landwirte, die, trotzdem sie ihr Getreide ausgedroschen,
haben, sich weigern, das Getreide an den Kommunalverband
abzugeben, an die von dem Kreiswirtschaftsamt ausgegebene
Empfangsstellen abzuliefern, sind sofort mit namhaft zu
machen, damit ich unnachlässig gegen dieselben vorgehen
in der Lage bin.

Limburg, den 29. Oktober 1920.
Der Vorsitzende des Kreisaußschusses.
Schellen.

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß Reichs-
deutsche die nach dem 10. Januar 1920 hier zugezogen
sind, Gesuche um Zulassung zur Beschäftigung im Wirtschafts-
gebiet der Stadt Danzig an das hiesige städtische Arbeits-
amt und an mich als Demobilisationskommissar richten.
Bei der hier zur Zeit herrschenden Arbeitslosigkeit kommen
bei Vermittlung von Arbeitsstellen nur solche Personen in
Frage, die am 10. Januar d. Js. hier gewohnt haben und
somit Danziger Staatsangehörige geworden sind.

Ich bitte daher, veranlassen zu wollen, daß im Deut-
schen Reich durch die maßgebenden Stellen eine Bekannt-
machung erlassen wird, die vor Zugang nach Danzig warnet.
Danzig, den 25. August 1920.

Der Regierungspräsident.
In Vertretung.
gez. von Kameke.

An den Herrn Reichs- und Staatskommissar in Danzig.
Nr. D. R. 2. 1122

Der Lehrerschaft des Kreises Limburg.

Der Kreislehrerausschuß hat in seiner Sitzung vom 6. 11.
20 hinsichtlich des Unterrichts an ländlichen Fortbildungs-
schulen beschlossen:

1. Der Unterricht ist nur da anzunehmen, wo der Geh-
alt von 5 Mk und 250 Mk Lehrentgeltzuschlag gewährt
wird, wie in einem Teil der Gemeinden des Kreises
bereits geschieht.
2. Für die übrigen Orte ist die von dem Kreislehrerausschuß
beantragte Entscheidung der Regierung abzuwarten.

J. A.: Der Vorsitzende.

